Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Postanstalten nehmen die Anzeigen und Bestellungen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 50 Goldpfennige, amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1448

Nr. 125 — Freitag, den 30. Mai 1924 — 19. Jahrgang

Wallraf Reichstagspräsident.

Berlin, 28. Mai. Bei der zweiten Abstimmung über die Wahl des Reichstagspräsidenten wurden insgesamt 430 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den deutschnationalen Abgeordneten Wallraf 227 Stimmen und auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Loebe 151 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren ungültig. Die Wahl Wallrafs wurde von der Rechten mit großem Beifall aufgenommen.

Ueber den gesamten Verlauf der Präsidentenwahl im Reichstag ist folgendes zu berichten:

Der Beginn der Plenarsitzung, der auf 11 Uhr angesetzt war, verzögerte sich, da die Fraktionen über die Präsidentenfrage verhandelten. Erst um 12 Uhr eröffnet der Alterspräsident Bock-Gotha die Sitzung. Auf der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Fehrenbach (Zentr.), die Sitzung zu vertagen und die Anberaumung der nächsten Sitzung dem Alterspräsidenten zu überlassen. Er begründet diesen Antrag damit, daß die Bildung des Reichstagsvorstandes in einem sachlichen und persönlichen Zusammenhang mit der Regierungsbildung stehe. Die Rechte und die äußerste Linke widersprechen dieser Auffassung. Der Antrag auf Absetzung der Wahl erhält nur die Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, ist also abgelehnt. Darauf beantragte Abg. Fehrenbach, die Sitzung bis 2 Uhr zu vertagen, da sich die Fraktionen über die Präsidentenwahl noch nicht einig geworden seien. Der Antrag auf Vertagung der Sitzung bis 2 Uhr wird dann mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten angenommen. Schluß 12¼ Uhr.

•

Die Ausführungen des Abg. Fehrenbach über den engen Zusammenhang zwischen Kabinettsbildung und Präsidentenwahl sind dahin zu erklären, daß der deutschnationale Abg. Wallraf, der von seiner Fraktion für das Reichstagspräsidium vorgeschlagen ist, zugleich als Kandidat für das Innenministerium in dem neu zu bildenden Kabinett Marx aufgestellt ist. Da man damit rechnet, daß die Bildung des Kabinetts bis zum Wiederzusammentritt des Plenums Fortschritte gemacht hat, hielt es die Zentrumsfraktion für das beste, die Plenarsitzung zu vertagen. Inzwischen verhandelt der Reichskanzler Marx mit den Kandidaten für die im Kabinett zu vergebenden Ministerposten.

•

Alterspräsident Bock eröffnet die zweite Sitzung des Mittwoch um 2.20 Uhr. Abg. Scholem (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung, vor der Präsidentenwahl zu beschließen, daß die verhafteten kommunistischen Mitglieder freigelassen werden, damit sie sich an der Wahl beteiligen können. Dann ergeht er sich in wüsten Schimpfworten gegen verschiedene Gruppen des Hauses, besonders gegen die Nationalsozialisten. Er fordert eine allgemeine Amnestie und sagt den schärfsten Kampf der Ebert-Republik und dieser „verdammten Ludendorff-Republik" an. **Das Haus bricht in stürmische Heiterkeit aus.**

Abg. Löbe (Soz.), der bisherige Reichstagspräsident, macht darauf aufmerksam, daß der Reichstag keine gesetzlich gültigen Beschlüsse fassen könne, solange er sich nicht gesetzlich konstituiert habe. Den Gefangenen werde ein schlechter Dienst erwiesen, wenn man nach dem Beschluß noch die Kompetenzfrage zu erörtern hätte. Es könne sich also nur um eine Verzögerung von zwei Stunden handeln, wenn man erst die Präsidentenwahl vornehme und dann über die Frage der Gefangenen entscheide. Der Redner bittet die Kommunisten deshalb, ihren Widerspruch zurückzuziehen. Der Antrag der Kommunisten, vor der Präsidentenwahl die kommunistischen Anträge zu erledigen, wird darauf gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Das Haus beginnt mit der Präsidentenwahl. Sie muß durch Zettelabgabe beim Namenaufruf durch die Schriftführer vorgenommen werden. Darüber vergeht fast eine Stunde. Beim Aufruf des Namens Ludendorff beginnen die Kommunisten eine der bei ihnen üblichen hysterischen Schreiszenen. Von nationalsozialistischen Abgeordneten wird ihnen kräftig geantwortet. Vor der Rednertribüne stehen sich die beiden Fronten gegenüber und beschimpfen sich lebhaft. Nach einiger Zeit erst können die Schriftführer im Namenaufruf fortfahren.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten hatte im ersten Wahlgang folgendes Ergebnis. Abgegeben wurden 487 Stimmen. Davon erhielt der deutschnationale Abg. Wallraf 202 Stimmen, der Sozialdemokrat Löbe, der bisherige Präsident des Reichstags, 107, Fehrenbach (Zentr.) 63, Thälmann (Komm.) 47, Frau Behm 1 Stimme. Die übrigen abgegebenen Zettel enthielten keinen Namen. Da in dieser Wahl keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreicht hat, ist Stichwahl notwendig zwischen Wallraf und Löbe. Die Stichwahl hatte das oben mitgeteilte Ergebnis.

Wallrafs Amtsantritt.

Der „Demokratische Zeitungsdienst" schreibt:

Herr Wallraf hat die auf ihn gefallene Wahl mit einer kleinen Dankes- und Bekenntnisansprache angenommen. Darin hat er sich — selbstverständlich — zur Erfüllung aller Bestimmungen der Geschäftsordnung verpflichtet, die vom Präsidenten handeln. Aber es war wohl nicht ohne Absicht, daß er seiner Aufgabe, das Parlament arbeitsfähig zu erhalten, die besondere Versicherung hinzufügte, daß er alle systematischen Störungsversuche rücksichtslos bekämpfen werde. Dagegen hielt er es nicht für notwendig, die andere Bestimmung der Geschäftsordnung besonders zu unterstreichen oder zu kommentieren, die peinliche Unparteilichkeit bei der Verwaltung des Präsidentenamtes verlangt. Vergeblich forderten die Kommunisten den neuen Präsidenten zu einer solchen besonderen Unparteilichkeitskundgebung heraus. Sie haben ja nun freilich das letzte Recht, eine solche Kundgebung zu verlangen. Durch ihr ganzes Verhalten an den bisherigen beiden Sitzungstagen des Reichstages haben sie bewiesen, daß sie sich die systematische Störung der Parlamentsarbeit zur besonderen Aufgabe gemacht haben. Dagegen müssen natürlich sämtliche anderen Parteien ausnahmslos protestieren. Wer den Parlamentarismus hochhalten will, darf nicht weichmütig und zaghaft gegen ausgesprochene gewalttätige Störung dieses Parlamentarismus vorgehen. Gerade diesem Umstand verdankt auch wohl der Deutschnationale Wallraf einen Teil seiner Stimmen, weil man ihm nach seiner ganzen politischen Einstellung mehr Tatkraft gegen die kommunistischen Parlamentsverderber zutraute, als dem sozialdemokratischen Präsidenten Löbe.

Die Demokraten werden selbstverständlich den neuen Präsidenten Wallraf, auch wenn er gegen ihre Stimmen gewählt ist, nach Kräften in der Führung seiner Geschäfte unterstützen, solange diese unparteilich gehandhabt werden. Sie werden insbesondere alle geeigneten Maßnahmen gutheißen, die die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes fördern und planmäßige Störungen verhindern können. Herr Wallraf aber wird schon sehr bald den Beweis erbringen können, ob er der geeignete Mann für das schwierige Amt ist, das ihm eine erhebliche Mehrheit des Reichstages am Mittwoch übertragen hat.

Lausejungen oder Arbeitervertreter.

Die Notwendigkeit einer Verschärfung der Geschäftsordnung

Die „Deutsche Tageszeitung" bespricht die Sprengung der ersten neuen Reichstagssitzung durch die Kommunisten unter der Ueberschrift „Im Narrenhaus" und beantwortet die Frage, wie die unmittelbare Gefahr der kommunistischen Sabotierungsversuche überwunden werden soll wie folgt: Hier bedarf es schnellster Arbeit und energischster Hände, sonst gibt es überhaupt kein ordnungsmäßiges Arbeiten mehr, sonst blamiert sich das deutsche Volk bis auf die Knochen. Gibt es noch eine zweite Szene wie gestern, dann werfe man Leute, die Gesetze nicht anerkennen und sich als Flegel benehmen, mit Gewalt hinaus. Eine ähnliche Auffassung bekunden auch die meisten übrigen Blätter aller Parteien.

Der „Vorwärts" erklärt den Tag, an dem der zweite Reichstag der deutschen Republik eröffnet wurde, als einen schwarzen Tag für die deutsche Arbeiterklasse und macht für die kommunistischen Radauszenen die „scheußliche Verwilderung durch den Krieg" verantwortlich. Ohne diese Verwilderung wäre es gar nicht denkbar gewesen, daß jene „Burschen" es überhaupt wagen konnten, die Stimme eines Greises, der durch sein hohes Alter zur Würde des Präsidenten berufen war, durch ihr Geheul zu übertönen. Das Blatt sieht nur drei Möglichkeiten. Die erste ist, daß sich die Mittel der Geschäftsführung als stark genug erweisen, um die Arbeitsfähigkeit des Reiches herzustellen und die Kommunisten zur Vernunft zu bringen. Die zweite, daß der Reichstag aufgelöst werde und daß die Arbeiter noch einmal vor die Frage gestellt werden, ob sie „Lausejungen oder Arbeitervertreter" in den Reichstag schicken wollen. Helfe auch das nicht, dann sei der Parlamentarismus für Deutschland vorläufig erledigt und dann komme die Diktatur. Aber wessen Diktatur. Ganz gewiß nicht die von Werner Scholem und Ruth Fischer, sondern eine ganz andere, bei der die Kommunisten ihr blaues Wunder erleben würden.

Auch das „Berliner Tageblatt" hält eine weitere Verschärfung der Geschäftsordnung für geboten. — Die „Vossische Zeitung" meint, vom rein parlamentarischen Standpunkte aus dürften die Skandalszenen nicht allzu tragisch genommen werden. Die Neigung, derartige gewaltsame Zustände dauernd einzuführen, werde sehr leicht zu bekämpfen sein durch Entziehung der Diäten und der Freifahrkarten für ein Jahr.

Wieder ein kommunistischer Abgeordneter verhaftet.

Berlin, 28. Mai. Die politische Polizei hat heute vormittag bei verschiedenen Kommunisten Haussuchungen abgehalten. Ein kommunistischer Abgeordneter, dessen Namen noch nicht bekanntgegeben ist, wurde verhaftet.

Nach Blättermeldungen haben die kürzlich in München verhafteten Kommunisten gegen die Verhaftung Beschwerde eingelegt. Da die Polizeidirektion, nach Mitteilung von kommunistischer Seite, die Beschwerde verzögert habe, seien sämtliche Verhafteten, mit Ausnahme eines gewissen Dr. Frank, gestern in den Hungerstreik getreten.

Ein Journalistengesetz verlangt.

Die Initiativanträge der Demokratischen Reichstagsfraktion, deren Einbringung in der ersten Fraktionssitzung beschlossen worden war, sind nunmehr dem Reichstage zugegangen. Darunter befindet sich bekanntlich auch ein Antrag, der die Vorlegung eines Journalistengesetzes verlangt. Wie mehrere Zuschriften aus dem Lande beweisen, ist der Inhalt und die Tendenz dieses Antrages mehrfach mißverstanden worden. Es handelt sich gar nicht um einen vollständigen, paragraphenweise formulierten Gesetzentwurf, vielmehr wird von der Regierung die Ausarbeitung eines solchen Gesetzentwurfes, dessen Notwendigkeit unbestritten ist, verlangt. Die Demokratische Reichstagsfraktion behält sich der zu erwartenden Regierungsvorlage gegenüber völlige Entschließungsfreiheit vor und wird natürlich ihre Entscheidungen erst treffen, nachdem sie mit den beteiligten Organisationen der Verleger sowohl wie der Redakteure Fühlung genommen hat.

Wieder Schwarz-Weiß-Rot?

Berlin, 28. Mai. Im Reichstag ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei eingegangen, wonach Artikel 3 der Reichsverfassung durch folgenden Wortlaut ersetzt werden soll: Die Reichsfarben sind Schwarz-Weiß-Rot. Ferner beantragt die Fraktion, das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre zu erhöhen. In einem weiteren Antrage wird die Einsetzung eines Ausschusses gefordert, der den Auftrag erhalten soll, die Reichsverfassung mit Rücksicht auf die in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen, insbesondere hinsichtlich des Zuständigkeitsverhältnisses zwischen Reich und Ländern auf den Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung, einer Nachprüfung zu unterziehen.

Voraussichtliche Minister.

Wie es im Reichstag heißt, werden von den bisherigen Kabinettsmitgliedern sehr wahrscheinlich der Demokrat Dr. Hamm, der bisherige Wirtschaftsminister, Dr. Jarres, der Innenminister, und Graf Kanitz der Ernährungsminister, der im Falle des Zustandekommens des Bürgerblocks von den Deutschnationalen besetzt werden wird, wird am stärksten neben dem Abg. Schiele der Abg. Schlange-Schöningen genannt, der bereits zu früherer Zeit einmal Kandidat für diesen Posten war. Die Wiederübernahme des Finanzministeriums durch Dr. Luther wird im Reichstag für ziemlich sicher gehalten, ebenso die Wiederkehr des Wehrministers Dr. Geßler. Das Zentrum würde außer Dr. Marx den bisherigen Arbeitsminister Dr. Brauns und den bisherigen Postminister Dr. Höfle in das neue Kabinett entsenden, doch wird in Zentrumskreisen die Kandidatur von Brauns nicht als unbedingt sicher bezeichnet. Das Verkehrsministerium wird voraussichtlich der Demokrat Oeser behalten.

Berlin, 30. Mai. In der Frage der Regierungsbildung sind gestern mit Rücksicht auf den Feiertag und die heutigen Fraktionssitzungen offizielle Verhandlungen nicht geführt worden. Es wurden nur Verhandlungen nichtamtlicher Natur gepflogen.

Der Reichspräsident, der am Sonnabend zur Eröffnung der Jahresschau deutscher Arbeit nach Dresden fahren wollte, hat dem Oberbürgermeister von Dresden telegraphisch mitgeteilt, daß er angesichts der politischen Lage und der Beratungen über die Neubildung der Regierung von diesem Besuch absehen müsse.

Die deutsche Wirtschaftskrise.

Betriebskürzungen in Berlin.

Berlin, 28. Mai. Die Einschränkungen in der Berliner Industrie haben am Montag zu weiteren Arbeiterentlassungen geführt. Das Gewerkschaftskartell meldet etwa 1500 Kündigungen in der Holzindustrie und eine Reihe von einschneidender Betriebskürzungen in der Metall- und Maschinenindustrie.

Holländische Firmen fordern Sicherheitserklärungen.

Rotterdam, 28. Mai. Wie der „Courant" meldet, haben infolge der bedenklichen Zunahme der Geschäftsaufsichten über zahlungsunfähige deutsche Firmen, die zu großen Schädigungen der Lieferanten des Auslandes geführt haben, die Rotterdamer Exportfirmen Lieferungen an deutsche Häuser von vorherigen Erklärungen ab-

SLUB
Wir führen Wissen.